

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Die Sächsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrats zu Bad Schandau, des Hauptzollamts Bad Schandau und des Finanzamts Sebnitz. Bei manchen für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Ostau und Postelwitz und die Landgemeinden Altendorf, Gohndorf mit Kohnmühle, Kleingiechhübel, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Porsdorf, Proßen, Rathmannsdorf mit Plan, Reinhardtisdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete, Bad Schandau, Lautenstr. 134. Fernsprecher 22. Postfachkonto: Dresden Nr. 33 327. Gemeindefachkonto: Bad Schandau Nr. 12. Geschäftszeit: wochentags 8-18 Uhr

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1,85 RM. (einschl. Postgeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. zuzügl. Postgeld. Einzelnummer 10 Pf., mit illustrierter 15 Pf. Nichterscheinen einzelner Nummern und Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Anzeigenpreise: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Pf. Ermäßigte Grundpreise, Nachlässe und Beilagengebühren lt. Anzeigenpreiskarte. Erfüllungsort: Bad Schandau.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“ — „Das Unterhaltungsblatt“ — „Das Leben im Bild“
„Zum Wochenende“ — Illustrierte Sonntagsbeilage

Nr. 157

Bad Schandau, Mittwoch den 8. Juli 1936

80. Jahrgang

„Provokation Italiens“

Protest gegen die Aufrechterhaltung der Flottenabmachungen

Die italienische Presse hat bisher die Aufhebung der Sanktionen durch den Völkerbund mit keinem Wort besprochen. Man geht in Rom fast teilnahmslos über die Aufhebung der Sanktionen hinweg, betont aber um so lebhafter das Fortbestehen der aus der Sanktionszeit übrigbleibenden und einseitig gegen Italien gerichteten Flottenabmachungen Großbritanniens im Mittelmeer, die auch der Hauptgrund des Fernbleibens Italiens von der Dardanellenkonferenz von Montreux seien.

Mit Befremden wird in den Londoner Berichten der römischen Presse festgestellt, daß sich niemand in Großbritannien die Frage vorlege, was eigentlich aus diesen Flottenabmachungen werden soll, nachdem die Sanktionen und damit auch die notwendigen gegenseitigen Unterstützungen im Mittelmeer gegen einen etwaigen italienischen Angriff verschwunden sind. Das Weiterbestehen dieser Flottenabmachungen hätte keine andere Wirkung, als die Provokation Italiens. Der Genfer Berichterstatter des „Piccolo“ spricht von dem Fortbestehen der gegen Italien gebildeten Koalition, der eine ganze Reihe der in Montreux vertretenen Staaten angehören. Diese Abmachungen seien unvereinbar mit dem Wunsch einer Mitarbeit Italiens zur Mitarbeit an den europäischen Fragen.

Man fragt sich, welche Gefahren Großbritannien und die übrigen Teilnehmer dieser Flottenabmachungen nach Aufhebung der Sanktionen eigentlich noch bedrohen, und gegen welche Gefahren Großbritannien gerade Griechenland und die Türkei schützen müsse, mit denen Italien bekanntlich Freundschaftsverträge abgeschlossen hätte. Von

Angriffsabsichten und Vormächtegelüsten Italiens im Mittelmeer könne man nach den wiederholten freimütigen Erklärungen der italienischen Regierung nicht sprechen. Es müsse angenommen werden, daß London die Flottenabmachungen während der Verhandlungen für ein neues Gleichgewicht im Mittelmeer als Waffe gegen Italien benutzen wolle.

„Frankreich schneidet am schlechtesten ab“

„Frankreich schneidet bei dem italienisch-äbessinischen Abenteuer am schlechtesten ab“, urteilt die außenpolitische Mitarbeiterin des „Deuvre“. In Italien habe es sich einen harndürftigen Feind geschaffen. Ferner bestehe eine französisch-englische Krise, die sich in den kommenden Tagen gegen Frankreich auswirken werde. Weiter habe Frankreich, das seine Verpflichtungen in der äbessinischen Angelegenheit abgelehnt habe, in den Augen der kleinen Staaten verloren und sein Ansehen und seine Belange in Französisch-Somaliland vermindert. Frankreich gehe aus diesen Ereignissen so beschädigt hervor, daß es keine Kraft zu haben scheine, eine neue diplomatische Offensive zur Wiederherstellung der Lage in Europa zu unternehmen.

Bertinax bezeichnet im „Echo de Paris“ die englische Außenpolitik als die „unbekannteste Größe“. England sei entschlossen, so schreibt er, im Mittelmeer stärkere Geschwader als vor dem September 1935 zu unterhalten. Die Lage im Mittelmeer könne nicht verwirrter sein als gegenwärtig.

Zunahme der schweren Verkehrsunfälle

152 Tote, 4459 Verletzte in einer Woche.

Als Opfer des Straßenverkehrs in der abgelaufenen Woche sind wieder 152 Tote und 4459 Verletzte zu beklagen.

Der Reichsverkehrsminister weist diesmal auf den ursächlichen Zusammenhang hin, der zwischen Straßenlärm und Straßenunfällen besteht. „Der Straßenlärm“ — so stellt er fest — „macht harthörig und nervös. Er muß mit allen zulässigen Mitteln (Nachprüfung der Fahrzeuge, Entziehung des Führerscheins usw.) aufs schärfste bekämpft werden. Anatternde und klappernde Motorräder, heruntergewirtschaftete, geräuschvoll fahrende Lastkraftwagen sind im Straßenverkehr unzulässig. In manchen Städten wird auch immer noch viel zu viel gehupt. Hupt nicht, fährt lieber vorsichtig!“

Maßnahmen gegen Heßblätter

Auf Anordnung des Danziger Polizeipräsidenten sind die letzten Ausgaben der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ und des Zentrumsorgans „Danziger Volkszeitung“ beschlagnahmt worden.

Die Heße dieser beiden Blätter war in zunehmendem Maße dazu angetan, fortgesetzte Unruhe zu erzeugen und die Danziger Regierung auch außenpolitisch in peinliche Lagen zu versetzen. Vor allem muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Beziehungen Danzigs zum Reich auf die Dauer nicht durch die unausgesetzte Heße dieser Organe gegen das Dritte Reich und seinen Führer belastet werden können. In der Danziger Bevölkerung besteht der dringende Wunsch, daß den beiden Heßblättern das Handwerk endgültig gelegt wird.

Millionen-Streikschäden in Frankreich

390000 Kilogramm Fische in Boulogne verdorben

Paris, 8. Juli. Die in ganz Frankreich durch den Streik entstandenen Schäden sind nach einer Havasmeldung außerordentlich groß. Allein die Stadt Boulogne habe einen Verlust von mehreren Millionen Franken zu verzeichnen. Aus dem Berichte der Handelskammer sei ersichtlich, daß allein der Fremdenverkehr zwischen Frankreich und England in den ersten zehn Junitagen um 20 v. H. zurückgegangen sei.

Auch Waren seien in großer Menge verdorben. So hätten einmal 120 000 und ein andermal 270 000 Kilogramm Fische vernichtet werden müssen. Ein Versuch, die Fische unentgeltlich den Krankenhäusern und Hospitälern zu überlassen, ehe sie noch verderben, sei gescheitert, weil die Streikenden sich geweigert hätten, die Fische vom Kai in die Stadt bringen zu lassen. Die Fische allein hätten einen Wert von 1,5 Millionen Franken gehabt. Sie seien im Meere versenkt worden. Durch das Gefährden zweier Hochseer sei ein weiterer Schaden von etwa zwei Millionen entstanden.

Blutige politische Zusammenstöße

Nachts kam es in Naccio zu schweren Zusammenstößen von Angehörigen der Rechtsparteien mit der Polizei und Volksfront. Rund 500 Mann Gendarmerie mußten in der Stadt zusammengezogen werden, um die Ordnung wiederherzustellen. Auch Militär und Marine befanden sich im Alarmzustand. Auf beiden Seiten sind Verletzte zu verzeichnen. Wenn auch vorläufig die Ruhe wiederhergestellt ist, ist die Stimmung noch außerordentlich gespannt.

„Fabrikbelegung nicht mehr geduldet“

Regierungserklärung im französischen Senat.

Paris, 8. Juli. Der Bürgermeister von Versailles, Senator Haye, richtete im Senat an die Regierung die Anfrage, welche Maßnahmen sie ergreifen wolle, um den Betrieb der öffentlichen Dienste, die Arbeitsfreiheit, die Sicherheit der Bürger und die Achtung der republikanischen Einrichtungen zu gewährleisten. Der Interpellant schilderte die Ausschreitungen, die in Versailles im Verlaufe der Streikbewegung zu verzeichnen waren, und sprach die Befürchtung aus, daß dieser von Moskau geschürte „Gewaltkrieg der Straße“ in einen Bürgerkrieg ausarten könne.

Im Verlaufe der Aussprache erklärte Innenminister Salengro im Namen der Regierung eindeutig, daß Be-

legungen von Fabriken und anderen Betrieben und sonstige Angriffe gegen die öffentliche Ordnung in Zukunft nicht mehr geduldet würden. Nachdem der Innenminister noch mitgeteilt hatte, daß Soldaten, die an einem Volksfrontzug in Versailles teilgenommen hatten, vom Kommandanten bestraft worden seien, nahm der Senat mit 230 : 1 Stimme eine Entschließung an, in der er Kenntnis von den Erklärungen der Regierung nimmt, daß diese die öffentliche Ordnung in voller Achtung der republikanischen Gesetze sicherstellen wolle.

Eine merkwürdige Illustration zu der Regierungserklärung bildet eine Meldung des „Matin“, wonach die streikenden Arbeiter der Citroen-Werke in Foncles (Departement Obere Marne), nachdem ihre Forderung auf Entfernung zweier Ingenieure von der Werkleitung abgelehnt worden war, zwei leitende Direktoren in der Fabrik einschlossen, die eigens zur Regelung des Streikfalles nach Foncles gekommen waren.

120 spanische Faschisten verhaftet

Weil sie den Polizeichef grüßten.

Der Generaldirektor der spanischen Polizei teilte Pressevertretern mit, er habe 120 Faschisten verhaften lassen, die ihn in Villalba bei einer Autofahrt mit erhobenem Arm begrüßten. Die Verhaftung erfolgte, da man keine Waffen bei ihnen fand, wegen „Abhaltung einer verbotenen Versammlung“ und wegen „unerlaubten Faschistengrüßes“. Die Verhafteten gehören der Jugendorganisation der Spanischen Faschistischen Partei an und befanden sich auf einem Ausflug.

In Miguelturra (Provinz Ciudad Real) wurden bei einem Feuergefecht zwischen Marxisten und spanischen Faschisten zwei Personen getötet und zehn verletzt, vier davon lebensgefährlich.

Freilassungen und Verhaftungen in Riga

Rönigsberg, 8. Juli. Wie wir aus Riga erfahren, sind jetzt auch die letzten der Mitte März verhafteten jungen Baltendeutschen freigelassen worden, denen Betätigung in staatsfeindlichem Sinne in geheimen Organisationen zur Last gelegt wurde. Zu gleicher Zeit hat die polnische Polizei Lettlands neue Verhaftungen im Kreise junger Baltendeutscher in Riga durchgeführt, ohne daß bisher eine Begründung bekanntgeworden ist.

Der Regus sammelt in England

Angeblich für die Wiederaufnahme des Widerstandes.

Der äbessinische Gesandte in London, Dr. Martin, hat einen Aufruf an die englische Bevölkerung veröffentlicht, mit der Bitte, dem Regus einen Fonds von 2 Millionen Pfund zur Verfügung zu stellen, um ihm dadurch zu ermöglichen, den Widerstand gegen die Italiener wieder aufzunehmen. Wie mitgeteilt wird, soll der Aufruf bereits eine erste Zeichnung von 100 000 Pfund erhalten haben. Weiter verlautet, daß der Regus seine Villa in der Schweiz verkaufen will. An die englische Regierung ist das Ersuchen gerichtet worden, der Gemahlin des Regus im Austausch für das von dem britischen Konsul in Harrar bezogene Gebäude ein Haus an der Küste oder auf einer Kanalinsel zur Verfügung zu stellen.

In der englischen Presse, besonders in den völkerverbündlichen und oppositionellen Blättern, häufen sich die Meldungen über eine angebliche Widerstandsbeziehung in Abessinien. Man will sogar Einzelheiten wissen, ohne allerdings Quellen anzugeben. So ist davon die Rede, daß Freischärler einen Angriff auf die Dschibuti-bahn planen.

Rom dementiert englische Meldungen

Die Agenzia Stefani veröffentlicht eine Mitteilung, in der erklärt wird, über die Lage in Ostafrika seien in englischen Blättern aus Kairo datierte Meldungen des Reutersvertreter Holmes erschienen, die als „schlechthin grotesk“ zu bezeichnen seien. In dem Teil Abessinien, von dem in den Meldungen die Rede sei, erfolgten täglich neue Unterwerfungen von Hauptstingen und Stämmen. Die Lage in Abdiss Abeba sei vollkommen normal.

Eine neue Warnung des Oberkommissars in Palästina

Jerusalem. Oberkommissar Baughope richtete am Dienstagabend erneut eine Rundfunkansprache an die Bevölkerung Palästinas. Er kündigte die baldige Beendigung der Terrorakte durch Militär an und teilte mit, daß im Notfall weitere Verstärkungen herangezogen würden. Der Kommissar warnte vor der offenbar verbreiteten Ansicht, daß ein Widerstand gegen die Militärmacht möglich sei. Die Aufrührer seien für die Not der armen Bevölkerung allein verantwortlich. Infolge Verminderung der Staatseinnahmen würden Steuererhöhungen nötig, was sich wiederum auf den Lebensstand der Bevölkerung ungünstig auswirken werde. Der Kommissar wies weiter auf die Unmöglichkeit ärztlicher Behandlung infolge der Unsicherheit auf den Landstraßen hin. Den Ärzten sei es nicht möglich, Kranke aufzusuchen. Dadurch werde vor allem die Ausbreitung der landesüblichen Augenkrankheiten gefördert, besonders bei den Kindern, von denen viele zu lebenslänglicher Blindheit verurteilt seien. Der Kommissar wiederholte schließlich den Londoner Regierungsbefehl zur Entsendung einer Unterausschusses, sobald die Unruhen beendet seien.